



# Stopp des Einheitsdenkmals auch kulturpolitisch richtige Entscheidung

Pressemitteilung von Sigrid Hupach, 13. April 2016

**"Endlich haben auch die Haushälter der Koalition eingesehen, dass die Idee eines zentralen Denkmals für alle Freiheits- und Einheitsbewegungen in den deutschen Staaten vor dem rekonstruierten Preußenschloss von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Aus kulturpolitischer Sicht ist die Entscheidung richtig und überfällig", kommentiert die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sigrid Hupach, den von den Haushältern der Koalition angekündigten Stopp des Projekts. Hupach weiter:**

"Nachdem in den letzten Monaten nur Schweigen zum Freiheits- und Einheitsdenkmal herrschte, überrascht der angekündigte Rückzug der Koalition nun umso mehr. Dennoch: Wir freuen uns, dass die Vernunft gesiegt hat.

Bereits der gesamte Entstehungsprozess war undemokratisch. Die mangelnde Einbeziehung der Bürger und des Parlaments konterkarierten die friedliche Revolution von 1989/90 ebenso wie die Wahl des ungeeigneten Ortes vor dem

wiederaufgebauten Preußenschloss.

Ein zentrales Denkmal für alle Freiheits- und Einheitsbestrebungen musste aber auch scheitern, weil es inhaltlich hoffnungslos überfrachtet ist und auch die Verquickung von Freiheit und Einheit nicht uneingeschränkt auf die friedliche Revolution 1989/90 zutrifft.

Die Jahrestage der Deutschen Einheit verstrichen denn auch, ohne dass es im Planungs- und Bauprozess voranging oder überhaupt eine Baugenehmigung vorlag. Stattdessen entstanden immer neue Probleme, weil man Barrierefreiheit und Denkmalschutz missachtete sowie die artgerechte Umsiedlung der Fledermäuse unterschätzte.

Wir sollten nun die Chance nutzen, um von vorn und vor allem mit den Bürgern zu debattieren, wie ein Gedenken und wie eine Aktualisierung der Aufbruchsstimmung von 1989/90 an den authentischen und dezentralen Orten aussehen kann, am Alexanderplatz in Berlin zum Beispiel oder an der Nikolaikirche in Leipzig. Ein Denkmal lässt sich eben nicht von oben verordnen, sondern muss auch von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden. Das ist eine kulturpolitische Herausforderung, nicht nur eine Frage des Geldes."